

# Darbellays Dauerwerbesendung auf allen Kanälen

Der Walliser Regierungsrat kämpft gerade für das Frühfranzösisch – und gegen den FDP-Präsidenten Thierry Burkart

SEBASTIAN BRIELLMANN

Für Christophe Darbellay geht es gerade um nichts Geringeres als den Zusammenhalt des Landes. Diesen hält er für gefährdet – und er lässt nur wenig Zweifel daran aufkommen, dass er selbst es ist, der eine Spaltung verhindern kann. Ein Mann allein, als Kitt für die ganze Schweiz. Das ist seine Tonspur. Was er sagt, ist zumindest für den Moment die wichtigste Angelegenheit.

Darbella, Regierungsrat im Wallis und Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz, sorgt sich um die Schweizer Vielsprachigkeit – oder, vielleicht präziser: Viersprachigkeit –, auf die die Bevölkerung so stolz ist, die jedoch kaum mehr untereinander genutzt werden kann. Jüngere sprechen beispielsweise nicht Deutsch oder Französisch miteinander, sondern Englisch. Darum steht vor allem das Frühfranzösisch an den Schulen unter Druck. Dass er selbst als Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz Ende Mai desaströse Ergebnisse in der zweiten Landessprache präsentieren musste: das bringt einen Darbellay nicht aus der Ruhe.

## Chuzpe hat er

Einfach alles lassen wie bisher, auch wenn es schlecht ist? Natürlich, auch Darbellay kritisierte die schlechten Resultate, aber am Status quo wollte er nicht zweifeln – obschon die Skepsis seiner Kollegen durchaus nachvollziehbar klingt. Vielleicht änderte er deshalb, taktisch geschickt, seine Tonalität. Er spricht keine abwehrenden Sätze mehr, denen der Makel der Selbstverteidigung anhaftet, sondern er wird zum Anwalt des heutigen Modells.

In einem Interview mit dem «Blick» sagte er in dieser Woche: «Bitte sprechen Sie nicht mehr von Frühfranzösisch! Was soll das?» Man lerne in der Westschweiz ja auch kein «Frühdeutsch». Diese «Abwertung» ärgere ihn. «Wir sprechen hier von Landessprachen.» Und eben: «Es geht um den Zusammenhalt des Landes.» Im Wallis dagegen, da sei alles gut, Französisch und Deutsch seien wichtig. Jeder soll sehen: Darbellay hat alles im Griff.

Schuldig machen sich für ihn jene, die die Schule «zum Spielball der Politik» machten. Er meint vor allem einen, Thierry Burkart, der die Bildungspolitik für die FDP als wichtiges Dossier deklariert hat. Darbellay sagt: «Jetzt tritt er zum Glück ab.» Dass nicht nur Burkart und seine FDP das Frühfranzösisch abschaffen wollen (und keinesfalls den Französischunterricht an sich), sondern auch immer mehr seiner Bildungsdirektoren-Kollegen, findet er wenig legitim. Parlamente aus Deutschschweizer Kantonen kritisiert er für «besorgniserregende Beschlüsse».



Christophe Darbellay versteht es ausgezeichnet, sich im Gespräch zu halten. Im Moment hat er sich die Rettung des Zusammenhalts der Schweiz auf die Fahne geschrieben.

ALESSANDRO DELLA VALLE / KEYSTONE

Aber hat Christophe Darbellay wirklich recht? Sicher ist, dass er gerade wieder die Deutungshoheit hat. Präsent auf allen Kanälen ist. Ob Frühfranzösisch. Handyverbot an den Schulen. Mehr Diktate im Unterricht. Er ist der erste Ansprechpartner.

Seine süffisanten Aussagen, seine Provokationchen sind seit Jahren ein sicherer Wert. Vieles wird ihm nachgesehen. Etwa als er sich im Winter als Bundesratskandidat portierte. Und als alle mit der Zusage rechneteten, setzte er eine Pressekonferenz an, an einem

Sonntagabend, im Wallis. Dutzende Journalisten reisten hin. Und Darbellay sagte ab. In den Medien, so macht es den Eindruck, schwingt immer auch ein bisschen Bewunderung mit ob dieser Chuzpe, diesem unerschütterlichen Selbstvertrauen.

## Das System Schweiz

In jedem Porträt, das über Darbellay geschrieben wird, finden sich dieselben Attribute. Intelligent, immer das richtige Gespür für aktuelle Themen, opportunistisch veranlagt auch, aber das wird selten negativ gedeutet. Im «Blick» wird er, als er 2003 mit 32 Jahren Nationalrat für die CVP wird, schnell als «cleverer Senkrechtstarter» bezeichnet. Vielleicht auch darum, weil er dem Boulevard stets nette Geschichten liefert.

Wissen, wer einem helfen kann, gut vernetzt sein, immer für ein Fest zu haben: Darbellay hat verstanden, wie

die Schweiz funktioniert. Schon vor seiner Zeit im Parlament bekleidet er, ein Agronom, einen einflussreichen Posten im Bundesamt für Landwirtschaft. Sein Chef: Pascal Couchepin. Ein Walliser, natürlich.

Nach nur drei Jahren im Parlament wird er Präsident der CVP, und auch wenn die Partei Wählerprozent verliert, ist sie stets im Gespräch, präziser: ist Christophe Darbellay im Gespräch. Als geschmeidiges Aushängeschild einer «Familienpartei». Er macht Kompromisse, verhilft zu Mehrheiten, handelt für sich dadurch eigene Vorteile aus. An der Abwahl von Christoph Blocher ist er entscheidend beteiligt. Seither gilt er als «genialer Strippenzieher».

Manchmal gibt er sich konservativ, blinzelt nach rechts, etwa indem er regelmässig vor der Zuwanderung warnt oder vor zu viel EU-Anbindung, aber die Deals macht er meistens mit den Linken. Als es der Zeitgeist verlangt,

wird er grüner und befürwortet mehr staatliche Eingriffe in die Wirtschaft.

Nicht einmal ein uneheliches Kind sollte Darbellay schaden. Wohl auch darum, weil er dieses sofort anerkennt und selbst an die Öffentlichkeit geht. Und um Verzeihung bittet, natürlich im «Sonntags-Blick». Reisst etwas ein, wird es umgehend gekittet. Nur ein Jahr später wird er in die Walliser Regierung gewählt – und gilt bald als «mächtigster unter den Staatsräten» («Walliser Bote»). Weil er so agiert, wie er es immer getan hat. Dauerpräsident. Vermehrt auch in den sozialen Netzwerken.

## Wahlresultat weggelächelt

Das bleibt auch so, als nicht mehr alle diese Inszenierung gelungen finden. Bei den vorletzten Wahlen macht er das schlechteste Resultat. Er lächelt es

Seine süffisanten Aussagen, seine Provokationchen sind seit Jahren ein sicherer Wert. Vieles wird ihm nachgesehen.

weg. Was genau er erreicht, ob er richtig oder falsch liegt: Das scheint gar nicht so wichtig.

Darbella, heisst es dann, ist halt ein Sympathieträger. Er geht Wölfe jagen. Und spricht darüber, wie er nächtelang auf Pirsch war. Oder er ist in den Bergen, feiert oder ist auf Skitouren. Erreichbar soll er dann nicht immer sein. Was soll's – träumt nicht jeder ein bisschen davon, ein solches Leben zu führen?

In diesem Jahr wurde er souverän wieder in die Regierung berufen. Obschon er, mitten in der entscheidenden Phase des Wahlkampfes, mit dem Bundesrat geliebäugelt hatte. Wer es versteht, sich ins richtige Bild zu rücken, und wer genau so dargestellt wird, der kann sich das offensichtlich leisten, mag seine politische Arbeit auch ambivalent, schwer einzuordnen sein. Die Person Darbellay muss genügen. In seinem ersten Wahlkampf lautete sein Slogan: «Zum Glück gibt es mich.»

# Bei der Debatte über den F-35-Fixpreis geht es auch um die Rolle der Sicherheitskommission

Das Parlament hat den Prozess für den Kampfjet-Kauf über Jahre eng begleitet – ein neues Gutachten soll es nicht geben

ANDRI ROSTETTER

Es wird eine unruhige Sommerpause für den Berner Politbetrieb: Nachdem klar geworden ist, dass der F-35-Kampfjet deutlich teurer wird als von der damaligen Verteidigungsministerin Viola Amherd und ihren Beschaffungsexperten versprochen, muss sich das Parlament erneut intensiv mit dem Geschäft befassen.

Am Mittwoch haben sich die Mitglieder der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats (SiK) zu einer Sondersitzung getroffen. Eingeladen waren auch der Armeechef Thomas Süssli, der Kommandant der Luftwaffe, Peter Merz, und Bundesrat Martin Pfister. Als neuer Chef des Verteidigungsdepartements (VBS) trägt Pfister einen erheblichen Teil der Verantwortung für den weiteren Verlauf der Debatte.

Bis jetzt hat Pfister an der Formel festgehalten, dass der Bundesrat «weiterhin

der Meinung» sei, dass für den Kauf des F-35 der mit der US-Regierung vereinbarte Fixpreis gelte. In den vergangenen Tagen wiederholte er mehrmals, dass der Bundesrat die Situation «laufend prüfen» und «bei einer Veränderung der Situation informieren» werde.

## Zahlungen nicht zurückhalten

Die Situation hat sich bis jetzt kaum verändert, wie die Mitglieder der SiK feststellen mussten. In der sehr kurz gehaltenen Medienmitteilung zur Sitzung ist von einem «guten Austausch» die Rede; offenbar waren auch die Erwartungen nicht allzu hoch. «Es war eine erste Chropfleerete», sagt die Kommissionspräsidentin Priska Seiler Graf auf Anfrage. Die SiK werde im August das weitere Vorgehen beraten. «Jetzt ist aber zuerst einmal der Bundesrat an der Reihe, einen Lösungsvorschlag zu präsentieren.»

Entsprechend lehnte die Kommission am Mittwoch drei Anträge zum Kampfjet-Geschäft ab, die allesamt dem Bundesrat vorgegriffen hätten. Ein Antrag forderte, die nächsten Zahlungen an die USA erst dann auszulösen, wenn das weitere Vorgehen geklärt ist. Ein zweiter Antrag schlug eine Auslegeordnung und eine Prüfung von europäischen Alternativen vor, ein dritter wollte beim Bundesamt für Justiz ein Gutachten zu den Fixpreisen in Auftrag geben.

Zu den offenen Fragen gehört auch, ob sich die Sicherheitspolitiker vorwerfen lassen müssen, bei den Vertragsabschlüssen zum F-35 nicht genau hingeschaut und sich gutgläubig auf die Aussagen des VBS verlassen zu haben. Für SVP-Nationalrat Michael Götte ist diese Kritik berechtigt, er schränkt allerdings ein: «Wir müssen über Dinge reden, über die wir nicht alles wissen.» Die Verträge seien geheim, man habe sich auf die externen Gutachten verlassen müssen.

Dass kaum jemand der Finanzkontrolle (EFK) geglaubt habe, als diese vor Risiken in Bezug auf den Fixpreis gewarnt habe, sei auch rückblickend nachvollziehbar, sagt Götte. «Wir hatten die Gutachten der teuersten Anwaltskanzleien. Wir mussten davon ausgehen, dass wir uns auf diese verlassen können.» Der damalige EFK-Chef Michel Huissoud sagte 2022, dass es keine rechtlichen Garantien für einen Fixpreis gebe. Huissoud wurde daraufhin scharf angegriffen, namentlich von Sicherheitspolitikern der SVP.

## Eine Eskalation verhindern

Auch Götte bezeichnet den Austausch am Mittwoch mit dem VBS-Chef als gut. «Martin Pfister will Transparenz herstellen. Die Frage ist, wo er das kann.» Aus gesetzlichen und verhandlungstechnischen Gründen sei Pfisters kommunikativer Spielraum begrenzt.

Laut Seiler Graf hat Pfister gegenüber den SiK-Mitgliedern bekräftigt, dass nun der diplomatische Weg im Vordergrund stehe. Was das heissen könnte, hat kürzlich das Fachportal «Aviation Direct» aufgezeigt. Die USA hätten ein Interesse daran, den Ruf als verlässlicher Partner für Rüstungsgeschäfte zu wahren. Ein langwieriger Preisstreit könnte das Vertrauen anderer Länder in amerikanische Waffengeschäfte untergraben, schreibt das Portal. «Daher dürften beide Seiten eine für beide Seiten akzeptable Lösung anstreben, die die Kerninteressen wahrt und eine Eskalation des Konflikts verhindert.»

Ziel dürfte es sein, die unterschiedlichen Auslegungen der Vertragsbedingungen zu klären und sich allenfalls über eine Aufteilung der Mehrkosten zu einigen. Ob die Regierung unter Trump tatsächlich zu solchen Konzessionen bereit ist, steht auf einem anderen Blatt.